

lange nach dem Sturz des Faschismus die Widerstandsbewegung zur Rettung der Nation in der Form der nationalen Selbsthilfe zu entfalten. Dieser Kampf um die Unabhängigkeit der Nation und die Unteilbarkeit des Landes ist der erste politische Schritt, der zunächst vollendet werden muß. (Beifall.) Hierbei müssen sich alle fortschrittlichen demokratischen Elemente gegen die spalterischen Absichten der westlichen Besatzungsmächte zusammenfinden. Zur Erreichung dieses Zieles muß darum auch die Politik in der sowjetischen Besatzungszone in all ihren Maßnahmen auf die Zukunft Gesamtdeutschlands ausgerichtet sein. In ganz Deutschland kann die Errichtung der Volksdemokratie erst dann erreicht werden, wenn, genau wie in den Ländern der Volksdemokratie, der nationale Kampf vorher siegreich erfüllt und eine geeinte marxistisch-leninistische Partei vorhanden ist, die im Bündnis mit den Bauern und der Intelligenz steht. (Beifall.)

In der Ostzone kann die deutsche Arbeiterklasse im Unterschied zu den volksdemokratischen Ländern eine solche Herrschaft nicht ausüben, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht kampfbereit hinter der sozialistischen Partei steht und das Bündnis mit den werktätigen Bauern und den übrigen schaffenden Schichten des Volkes nicht genügend ausgebaut und gefestigt ist. Die Arbeiterklasse hat zwar bereits entscheidenden Einfluß in den staatlichen Machtpositionen, aber sie teilt auf der Grundlage der Blockpolitik diese Macht mit anderen Werktätigen und zum Teil auch sogar mit besitzenden Schichten unseres Volkes. Die reaktionären bürgerlichen Kräfte in unserer Zone sind keineswegs endgültig geschlagen, sie finden vielmehr in den rechten Flügeln der bürgerlichen Parteien ihren politischen Willensausdruck. Es kann daher auch nicht unmittelbar zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung übergegangen werden. Es stehen heute weder die Frage der Nationalisierung des Grund und Bodens noch die Frage der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums auf der Tagesordnung. So falsch es ist, die Verhältnisse in der Ostzone Deutschlands als volksdemokratische Ordnung zu kennzeichnen, genau so falsch wäre es, sie als bürgerlich-kapitalistische Ordnung zu bezeichnen. Die demokratischen Staats- und Verwaltungsorgane in der Ostzone, besonders die Volkspolizei, sind keine kapitalistische Einrichtung mehr. Die volkseigenen Betriebe sind keine kapitalistischen Betriebe. Mit den Fortschritten in der Verwirklichung der demokratischen Schulreform wird unser Erziehungswesen immer mehr